

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 189-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.961

Eingereicht am: 12.09.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Müller (Bern, FDP) (Sprecher/in)
Siegenthaler (Rüti b.Büren, BDP)
Brand (Münchenbuchsee, SVP)

Weitere Unterschriften: 26

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Die zentrale Staatsaufgabe "Sicherheit" muss wieder ernst genommen werden

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der BV reicht der Kanton Bern folgende Standesinitiative ein:

Änderung der BV, 6. Titel, 2. Kapitel, Art. 196, Ziff. xy (nächstfolgende), Übergangsbestimmung zu Art. 58 BV: «Die Militärausgaben des Bundes betragen für die Dauer von 10 Jahren nach Annahme dieser Bestimmung mindestens 1,2 % des BIP. Der jährliche Betrag bestimmt sich gestützt auf das BIP des Vor- resp. Vorvorjahres.»

Begründung:

Die Schweiz ist ein sehr wohlhabendes Land. Das BIP pro Kopf hat weltweit einen Spitzenwert, die kaufkraftbereinigten Einkommen sind deutlich über den meisten Ländern der Welt, auch Europas; und die Einkommen sind weniger ungleich verteilt als im europäischen Durchschnitt (vgl. Wohlstandsbericht). Trotzdem sind die Verteidigungsausgaben in der Schweiz deutlich tiefer als in *vergleichbaren* Ländern Europas, und dies nun seit über 20 Jahren. Seit zwei Jahrzehnten wurden somit Milliarden bei der Armee weggenommen und in andere (Wohlstandskonsum-) Bereiche gepumpt. Die vergleichbaren europäischen Länder, links wie rechts regierte, haben dem-

gegenüber ein deutlich höheres Mass an Verteidigungsanstrengungen auf sich genommen. Seit einem Jahrzehnt gibt die Schweiz sogar unter 1 Prozent des BIP für die Verteidigung aus; die Armee wurde massiv redimensioniert, sie ist nicht mehr richtig einsatzfähig. Es sind nun auch in unserem Land Anstrengungen zu unternehmen, die die Armee auf einen ernst zu nehmenden Stand bringen.

Die Verteidigungsausgaben im Vergleich (Zahlen 2012/13, Quelle: Int. Friedensforschungsinstitut sipri), in % des BIP (GDP) sprechen eine klare Sprache:

<i>Schweiz</i>	0,7	Portugal	1,9
Dänemark	1,4	Belgien	1,1
Norwegen	1,4	Tschechien	1,1
Schweden	1,2	Kroatien	1,6
Finnland	1,2	Slowenien	1,2
Holland	1,4	Montenegro	1,6

(Grössere europäische Länder geben sogar deutlich mehr aus: Frankreich 2,3 %, UK 2,3 %). Vielerorts steigen die Verteidigungsbudgets. Die Schweiz lebt nicht in einer anderen Welt.

Die internationale sicherheitspolitische Lage hat sich gewandelt: Krieg in Europa ist nicht nur möglich – militärische Annektierungen geschehen auch tatsächlich wieder; das Kriegsvölkerrecht wird in Europa mit Füßen getreten. Unweit davon macht sich eine islamistische Terrororganisation breit. Damit einher geht ein *Stimmungswandel*: Die Kirche, die deutsche Regierung (mit zwei Frauen in Front), gar Linke bei uns befürworten neuerdings Waffenlieferungen und somit auch deren Einsatz. Diese Ereignisse zeigen, dass sich die Friedenshoffnungen aus der Zeit des Mauerfalls als Illusion erweisen.

Die einzige Sicherheitsreserve der bündnisfreien Schweiz, die einzige Organisation, die in einer besonderen Lage (inkl. Umweltereignis) eine gewisse Durchhaltefähigkeit ermöglicht, ist die Armee. Sie ist in unserem wohlhabenden Land endlich wieder zumindest so zu alimentieren, wie es andere vergleichbare Länder tun.